Niederschrift

über die 47. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 23.10.2012, von 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 16.10.2012
4. Haushaltsplanentwurf der Stadt Haldensleben für das Haushaltsjahr 2013
5. Mitteilungen
6. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

7. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen am 09.10.2012 und 16.10.2012
8. Mitteilungen
9. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 5 Mitglieder des Ausschusses und Herr Schiefer, sachkundiger Einwohner, anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig. Stadtrat Tim Teßmann und die sachkundigen Einwohner Herr Hoffmann und Herr Scholtz hatten sich entschuldigt. Stadtrat Gunter Ranzinger nimmt i. V. für Stadträtin Jeannette Lohan teil.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; damit wird die Tagesordnung entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 16.10.2012

Da den Ausschussmitgliedern die Niederschrift über die Tagung am 16.10.2012 heute erst zugegangen ist, fragt Ausschussvorsitzender Mario Schumacher, ob die Protokollkontrolle heute oder in der nächsten Sitzung erfolgen soll.

Die Ausschussmitglieder einigten sich darauf, die Protokollkontrolle in der nächsten Sitzung durchzuführen

zu TOP 4 Haushaltsplanentwurf der Stadt Haldensleben für das Haushaltsjahr 2013

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher führt einleitend aus, dass in der letzten Sitzung der Haushaltsplanentwurf der Stadt Haldensleben für das Haushaltsjahr 2013 durch Frau Wendler vorgestellt wurde und die Ausschussmitglieder Fragen dazu stellen konnten. Heute findet die 2. Lesung statt. Jeder hatte die Möglichkeit, sich mit den Unterlagen zu Hause oder in den Fraktionen zu beschäftigen. Bevor in die erneute Diskussion über den Haushaltsplanentwurf getreten wird, möchte er zuvor Amtsleiterin Wendler das Wort übergeben.

Amtsleiterin Wendler habe bereits in der vorigen Sitzung mitgeteilt, dass das Land plant, das Finanzausgleichsgesetz zu ändern. Die Leistungen nach dem FAG (dazu gehören die Schlüsselzuweisungen, die Auftragskostenerstattung und die Investitionspauschale) sind für die Stadt Haldensleben sehr große Haushaltspositionen und wenn sich diese Werte ändern, habe das nachhaltige Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt. Die ersten Daten habe die Stadt am 31. Juli 2012 allerdings nur durch den Städte- und Gemeindebund erhalten und auch nur eine Zahl betreffend der Leistungen nach dem FAG, die sie eben schon erwähnt habe. Am 18. September erhielt die Stadt durch den Städte- und Gemeindebund eine neue Zahl genannt, der Betrag war dieses Mal höher, aber noch keine konkrete Berechnung für die Schlüsselzuweisungen. Im September gab es nur Berechnungen für die Leistungen nach der Auftragskostenerstattung und nach der Investitionspauschale; die Schlüsselzuweisungen konnte man nur durch die Differenzziehung ermitteln. Die Zahlen vom September liegen den Stadträten mit dem Haushaltsplanentwurf vor. Am 18. Oktober gab es die ersten Orientierungsdaten, die man auch berechnen konnte, aber auch nur vorläufig. Danach konnten die Schlüsselzuweisungen erstmals für 2013 berechnet werden. Diese Schlüsselzuweisungen stimmen analog mit dem überein, was den Stadträten für das Jahr 2013 vorliegt, allerdings ergeben sich für die mittelfristige Planung deutliche Verschiebungen. Hinzu kommt, dass gegenwärtig diskutiert wird, wie die Gewbesteuer in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen einfließt. Nach dem FAG, nach dem Entwurf, wie er jetzt vorliegt, wird immer nur 1 Jahr einfließen, geplant sei, 3 Jahre einfließen zu lassen. Die Kämmerei habe Vergleichsrechnungen durchgeführt; dazwischen liegt eine sehr große Spanne. Da die Planungsunsicherheit sehr hoch ist, habe sich die Verwaltung dazu entschlossen, zunächst nur das Jahr 2013 zu diskutieren (diese Zahlen sind gesichert) und für die mittelfristige Planung wolle die Verwaltung die Beschlussfassung des FAG im Dezember abwarten. Wenn das FAG so beschlossen wird, wie es diskutiert wurde, dann könne die Stadt den mittelfristigen Planungszeitraum nicht mehr ausgleichen. Das bedeutet, dass die Stadt dann alle Maßnahmen, die in der mittelfristigen Planung vorgesehen sind, noch einmal auf den Prüfstand stellen müsse und dass der Haushaltsplan insgesamt noch einmal diskutiert werden müsse.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling habe sich in der letzten Sitzung die Aussage der Verwaltung notiert, dass das Gewbesteueraufkommen nicht den Investitionen entspricht. „Ist das der Unsicherheitsfaktor? Dies verneint Amtsleiterin Wendler; Unsicherheitsfaktor seien die Leistungen nach dem FAG (siehe Seite 336 im Haushaltsplanentwurf). Die hier aufgeführten Schlüsselzuweisungen vom Land sind mit über 4 Mio. € innerhalb der mittelfristigen Planung geplant worden. Darunter stehen die sonstigen allgemeinen Zuweisungen vom Land und die Investitionspauschale steht auf der Seite 337. Das sind insgesamt 5 Mio. €, was erheblich für den Haushalt ist. Erhält die Stadt 500.000 € weniger, könne das nicht so einfach ausgeglichen werden. Die Gewbesteuer fließt mit in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen ein. Und hier sei es ein Unterschied, ob 1 Jahr oder 3 Jahre mit einfließen. Bei 3 Jahren habe man einen Durchschnitt und könne Höhen/Spitzen ganz anders ausgleichen. Der Städte- und Gemeindebund wollte sich dafür stark machen, dass es einen 3jahres Modus gibt und alle Mitglieder des Finanzausschusses des Städte- und Gemeindebundes haben sich am 17.10.12 dafür ausgesprochen. Es sei nicht zu erkennen, wohin die Richtung geht, das macht es so schwierig. Was die Gewbesteuer betrifft sei zu sagen, dass das Gewbesteueraufkommen im Verhältnis zu den durchgeführten Investitionen viel höher sein müsste. Wenn man in die Erschließung investiert, Sorge man dafür, dass sich Unternehmen ansiedeln können und sie hier Geld verdienen. Wenn die Unternehmen Geld verdienen, sollten sie auch Gewbesteuer zahlen, aber die großen Unternehmen haben steuerliche Verbünde, verrechnen Gewinne mit Verlusten und dann bleibt für die Kommune kaum etwas über.

Stadtrat Gunter Ranzinger interessiert, ob es schon eine voraussichtliche Steuerentwicklung für 2012 gibt. Der Plan 2013 sieht eine knappe Million Euro mehr vor als 2012. 2011 konnte der Planansatz nur mit 89 % erfüllt werden. Wenn der Planansatz 2012 auch wieder nur mit 89 % erfüllt werden könne, fehlen nachher wieder finanzielle Mittel.

2011 betrug das Ist 5 Mio. €, geplant waren 5,4 Mio. €. Hier wurde der Planansatz nicht ganz erreicht, aber die Entwicklung ist positiv. So wie es aussieht, werde die Stadt 2012 den Ansatz erreichen, erwähnt Amtsleiterin Wendler.

Auch bei den Transferauszahlungen und Umlagen wurden 1 Mio. € mehr geplant - warum, fragt Stadtrat Gunter Ranzinger

Amtsleiterin Wendler antwortet, weil die Schlüsselzuweisungen in die Kreisumlage einfließen. Erhält die Stadt

mehr Schlüsselzuweisungen und mehr Gewerbesteuern, muss sie mehr Kreisumlage zahlen. Das bedingt einander.

Basis für die Kreisumlage sind die Steuereinnahmen in Gänze und die allgemeinen Zuweisungen, ergänzt Bürgermeister Eichler. Steigen diese oder steigt eine nur, dann steigt automatisch auch die Kreisumlage. Die Stadt könne nur hoffen, dass der Landkreis bei den 36,8 % bleibt und nicht auch noch erhöht.

Stadtrat Gunter Ranzinger wisse, dass der Haushalt 2013 zum Anfang noch ein Defizit von ca. 4 Mio. € ausgewiesen hatte. Gibt es eine Aufstellung darüber, durch welche Maßnahmen dieses Defizit ausgeglichen werden konnte?

Amtsleiterin Wendler teilt mit, dass viele Maßnahmen verschoben oder gestrichen wurden, bei vielen Maßnahmen gekürzt wurde. Die Aufstellung könne die Stadt dem Protokoll beifügen, aber es ist auch eine Vielzahl von kleinen Beträgen dabei.

Teilweise handelt es sich um 1.000 oder 2.000 €, so Bürgermeister Eichler. Wenn man alles auflisten würde, sei den Stadträten auch nicht geholfen. Seines Erachtens sollte sich bei der Aufstellung auf solche Beispiele, wie sie Herr Otto in der letzten Sitzung schon genannt hatte, beschränkt werden, die wirklich im investiven Bereich etwas ausmachen.

Stadtrat Gunter Ranzinger würde vorschlagen wollen, eine Grobübersicht dem Protokoll beizufügen.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling habe zu den Streichungen und Verschiebungen, die vorgenommen wurden, noch eine Nachfrage. Gibt es eine Gewichtung, wo mehr eingespart wurde, bei den freiwilligen Leistungen oder bei den Pflichtaufgaben?

Amtsleiterin Wendler äußert, dass nach Notwendigkeit entschieden wurde.

Dezernent Otto erinnert an das Beispiel Feuerwehrfahrzeug, welches er in der letzten Sitzung angeführt habe, was allein eine ½ Mio. Euro ausgemacht hat. Hier befindet man sich im Pflichtbereich, trotzdem wurde hier gekürzt aus den Gründen, die letztes Mal erläutert wurden. Ein weiteres Beispiel wären die Erdhütten der Jugendherberge. Das betreffe den freiwilligen Bereich. Hier waren 2013 für zwei weitere Erdhütten ca. 130.000 € und in der mittelfristigen Planung in 2014 ca. eine ¼ Mio. € für weitere Hütten geplant. Diese wurden ebenfalls gestrichen (Einsparung von einer ¾ Mio. €).

Stadtrat Gunter Ranzinger habe bei dem Produkt Jugendherberge festgestellt, dass hier rund 70.000 € mehr Personalaufwendungen geplant wurden. Das korrespondiere seines Erachtens nicht mit der Verschlechterung der ordentlichen Erträge, der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte. Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wurden 5.000 € weniger geplant.

Da in der Hauptnutzungszeit (April- Juli) die Außenanlagen in der Jugendherberge dieses Jahr nicht zu nutzen waren, hatte die Jugendherberge im Jahr 2012 weniger Nutzer zu verzeichnen, merkt Abt.-Leiterin Schmidt an. Die Verwaltung habe befunden, dass in der Jugendherberge dringend eine Köchin eingestellt werden müsse. Das sei wichtig für den Bestand der Einrichtung. Wenn die Nutzer der Jugendherberge Fremdleistungen in Bezug auf warmes Essen in Anspruch nehmen müssen, werde man die Nutzer auf Dauer nicht halten können, weil diese mit dem Essen nicht zufrieden sind. Auf Dauer werde sich die Bezahlung einer Köchin rechnen, nur in diesem Jahr sei das noch nicht so.

Wenn die Auslastung im Jahr 2012 nicht so gut war, dann können die Leistungsentgelte für 2013 nach Meinung von Stadtrat Gunter Ranzinger nicht ins Minus gehen.

Abt.-Leiterin Schmidt entgegnet, dass angesichts der Zahlen in diesem Jahr für nächstes Jahr vorsichtig geplant wurde. Die Verwaltung hoffe, die Zahlen korrigieren zu können.

Bürgermeister Eichler ergänzt, dass 2012 das erste Jahr ist, wo die Jugendherberge fertig gestellt ist, mit Ausnahme der Außenanlagen. Zum Jahresende werde die Verwaltung wissen, wie sich die Benutzungsentgelte, Betriebskosten etc. künftig entwickeln werden.

Nach Auffassung von Stadtrat Gunter Ranzinger sollte man das Produkt Jugendherberge „im Auge“ behalten. Bürgermeister Eichler denke, dass man sich eventuell auch über die Höhe der Benutzungsentgelte noch einmal unterhalten sollte, wobei die Stadt hier nicht einfach kalkulieren könne, nicht absolut frei in der Gestaltung der Nutzungsentgelte sei, sondern diesbezüglich auch eine Abstimmung mit dem Herbergsverband erfolgen müsse.

Stadtrat Gunter Ranzinger weist darauf hin, dass im Vorbericht auf der Seite 2 ein Schreibfehler enthalten ist. Seines Erachtens müsse es bei den ordentlichen Erträgen 27.493.167 € und nicht 27.193.167 € heißen. Amtsleiterin Wendler bedankt sich für den Hinweis.

Stadtrat Gunter Ranzinger spricht die Investitionstätigkeiten an. Der Ansatz Auszahlungen beträgt in diesem Jahr ca. 9,3 Mio. €. Im nächsten Jahr sind nur 5,4 Mio. € geplant. Das sind gegenüber 2012 ca. 4 Mio. € weniger. Hier sei zu sehen, wo die Streichungen erfolgt sind, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen; sie sind vor allem im Investitionshaushalt Bau vorgenommen worden.

Amtsleiterin Wendler ergänzt, dass die finanziellen Spielräume kleiner werden und wenn weniger Geld vorhanden ist, kann auch weniger ausgegeben werden.

Zugleich sei es aber so, dass die Infrastruktur in der Stadt Haldensleben in den meisten Bereichen schon erneuert wurde, fügt **Dezernent Otto** hinzu. Die öffentlichen Einrichtungen sind gut; man könne nicht alle 5 Jahre die Einrichtungen wieder sanieren. Unabhängig davon, ob die Stadt die finanziellen Mittel hätte oder nicht, sei es eigentlich klar, dass die Investitionen in dem Maße nicht fortgeführt werden können wie zu der Zeit, als sie gemacht werden mussten und auch großzügige Förderungen dafür zur Verfügung standen.

Stadtrat Gunter Ranzinger hinterfragt, was mit der Alsteinstraße ist. Insbesondere der Abschnitt in Höhe der Volkssolidarität müsste dringend saniert werden, dort wohnen ältere Menschen.

Hierzu sei bereits in der letzten Sitzung etwas gesagt worden, teilt **Bürgermeister Eichler** mit.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen merkt an, dass die Alsteinstraße immer wieder angemahnt wird. Die Verwaltung sei regelmäßig dabei, die defekten Platten auszuwechseln zu lassen. Er denke, dass das auch wahrgenommen wird. Andererseits habe die Stadt für diesen Streckenabschnitt Fördermittel beantragt; die Verwaltung gehe davon aus, auch Fördermittel zur Verfügung gestellt zu bekommen (voraussichtlich für 2014 avisiert). Wenn die Stadt für die Alsteinstraße die Fördermittel aus dem Programm Stadtumbau-Ost bekommen sollte, werde man sicherlich auch im Stadtrat eine Mehrheit dafür finden, die Kofinanzierungsmittel dafür bereit zu stellen und dann werde auch zügig die Sanierung erfolgen. Aber es sollten dafür nicht andere Maßnahmen, die 2013 geplant sind, gestrichen und es sollte nicht auf die Fördermittel verzichtet werden.

Stadtrat Gunter Ranzinger spricht das Produkt 55301 - Friedhofs- und Bestattungswesen an. Hier gehen die ordentlichen Erträge um 8.200 Euro zurück, obwohl die Bürger im nächsten Jahr lt. Friedhofssatzung, die ab 01.01.2013 wirksam wird, eine Vorauszahlung für Grabstätten zahlen sollen. Eigentlich müsste sich das Ergebnis verbessern und nicht verschlechtern.

Dezernent Otto stellt richtig, dass die Satzungsänderung bereits im vergangenen Jahr (2011) beschlossen wurde. Es sei lange über die allgemeine Benutzungsgebühr diskutiert worden. Die Stadt sei von der Kommunalaufsicht aufgefordert worden, eine allgemeine Benutzungsgebühr zu erheben. Es wurde damals von den Stadträten empfohlen, die Benutzungsgebühr nicht in Gänze von dem jeweiligen Verantwortlichen für die einzelnen Grabstellen zu erheben, sondern teilweise auch aus Steuermitteln zu bezahlen, damit die Benutzungsgebühr nicht so hoch für die Angehörigen ausfällt und weil der Friedhof auch als Grünanlage anzusehen ist. Vorgesehen wurde eine einmalige Erhebung. Die meisten Fälle konnten 2012 beschieden werden; das ist in diesem Jahr schon wirksam geworden. Ab 2013 werde die Verwaltung nur noch laufende Vorgänge haben; jeweils dann, wenn neue Grabstätten gegründet werden, erfolgt eine entsprechende Veranlagung.

Stadtrat Gunter Ranzinger erwähnt, dass seine Nachbarin für ihre Grabstelle für die Restnutzungszeit im Januar jeweils 28 € als einen einmaligen Betrag zahlen solle. Damit erhalte die Stadt im Jahr 2013 doch mehr Geld.

Bei der Nachbarin könnte das eventuell zutreffen, weil das Sachgebiet nicht alle, die rückwirkend zu veranlagern waren oder ab jetzt für die Zukunft zu veranlagern waren aus schon bestehenden Grabverhältnissen heraus, veranlagern konnte, so **Dezernent Otto**. Frau Witt ist das gesamte Jahr 2012 damit beschäftigt gewesen und die Nachbarin ist dann offensichtlich eine von denjenigen, die relativ am Ende erst beschieden worden sind.

Da die Stadtwerke mehr Ausgaben durch den Umbau der Tränenvilla haben werden, stelle sich für **Stadtrat Hermann Ortlepp** die Frage, ob die Stadt 2013 auch mit einer Gewinnausschüttung in der Höhe wie die anderen Jahre rechnen könne.

Bürgermeister Eichler erklärt, dass die Finanzierung des Umbaus aus dem Cashflow erfolgen soll + Kreditaufnahme + Fördermittel. Was die für 2013 geplante Gewinnausschüttung betrifft, sei zu sagen, dass zur Planung immer der aktuelle Stand herangezogen werde und man hoffe, dass es sich dann auch so weiter verfolgen lässt wie in den Vorjahren. Allerdings können sich jederzeit Änderungen ergeben (es können Großkunden abspringen, diese haben teilweise nur Bindungen über 2 oder 3 Jahre, es kann einen warmen Winter geben etc.); man wisse nie, wie sich das entwickelt.

Da es keine weiteren Fragen gibt, würde **Ausschussvorsitzender Mario Schumacher** empfehlen, zumindest für den Ansatz 2013 dem Stadtrat eine Empfehlung auszusprechen.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses sprechen dem Stadtrat für den Ansatz 2013 eine Empfehlung aus. Vorbehaltlich der Entwicklung der mittelfristigen Planung behält er sich die Entscheidung über die mittelfristige Planung vor.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

zu TOP 5 Mitteilungen

Der **TOP 5** entfällt; es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor.

zu TOP 6 Anfragen und Anregungen

- 6.1. Herr Schiefer sei vom Leiter der „GS Geb. Alstein“ angesprochen worden bezüglich der Sporthalle, die sein Sportverein auch nutze. Die Schule und die Sporthalle seien saniert worden und Herr Blaschke sei als Schulleiter daran interessiert, dass alles gut erhalten bleibt und kontrolliert auch die Sportvereine, ob sie alles ordnungsgemäß hinterlassen. Bei einem Termin mit Herrn Dreyer kam die Frage auf, ob es irgendwelche Möglichkeiten gibt, statt der gelben Wand in der Sporthalle, die doch sehr empfindlich ist, wie in anderen Sporthallen üblich einen Filz- bzw. Bremsbelag anbringen zu lassen.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen erwähnt, dass es Prallwände gibt, die errichtet worden sind. Er kenne das Problem in der GS „Gebr. Alstein“ nicht und müsste sich erst einmal kundig machen.

Dezernent Otto habe sich vor einigen Monaten mit Frau Scherff und Herrn Blaschke die Turnhalle angesehen, weil es an der gelben Wand einige Verschmutzungen gegeben habe. Die Verschmutzungen kommen dann zustande, wenn mit Schuhen und Bällen, mit denen draußen gespielt wurde, nachfolgend auch in der Halle gespielt wird. Dies dürfe natürlich nicht sein. Wenn die Hallengeräte und Hallenturnschuhe verwendet werden, gibt es auch keine Schwierigkeiten. Die Probleme rühren daher, weil bisweilen Vereine sich dort nicht so verhalten, wie sie sich verhalten sollen. Man kann sich darüber streiten, ob die Farbgebung weniger empfindlich hätte ausfallen können, wobei es damals ausdrücklicher Wunsch war, eine helle Halle haben zu wollen. Wenn man sich in der Halle ordentlich verhalte, gibt es keine Probleme. Die Betroffenen müssten das wissen, es ist ihnen erläutert worden. Die Halle ist im letzten Jahr umfassend saniert worden und es sei nicht vorgesehen, diese jetzt wieder zu sanieren, um sie unempfindlicher zu machen für einige, die sich nicht an die Regeln halten können.

Mario Schumacher
Ortsbürgermeister

Protokollführer